

16.04.13 | **Hessischer Landtag**

Experten sprechen sich für Registrierung von Lobbyisten aus

Lobbyisten haben allgemein nicht den besten Ruf. In einer Anhörung im Landtag ging es um deren Spannungsverhältnis zur Politik. Die Experten sprachen sich für eine Registrierung von Interessensvertretern aus.

Auch Lobbyisten gehören zur parlamentarischen Demokratie, allerdings muss ihr Einfluss streng kontrolliert werden. Darüber gab es am Dienstag, 16. April 2013, bei einer Anhörung zum Thema Lobbyismus im hessischen Landtag weitgehend Einigkeit. Zahlreiche Experten sprachen sich für eine verpflichtende Registrierung von Lobbyisten im Landesparlament aus, um für mehr Offenheit zu sorgen.

Die Organisation Transparency Deutschland verlangte außerdem einen Landesbeauftragten für Transparenz. Dieser müsse im Auftrag von Parlament und Regierung über das Register wachen. Außerdem forderte der Verband, der sich der Bürgernähe verpflichtet fühlt, einen "legislativen Fußabdruck". In Gesetzen müsse erkennbar werden, welche Verbände und Interessengruppen daran beteiligt waren.

Verhaltenskodex für Lobbyisten gefordert

Wie Transparency schlug auch der Berliner Politikwissenschaftler Peter Lösche einen speziellen Verhaltenskodex für Lobbyisten vor. Lobbyismus dürfe aber nicht mit Korruption gleichgesetzt und müsse deshalb durch Transparenz "entmystifiziert" werden.

Der Kasseler Politologe Rudolf Speth hält eine Regulierung der Nebentätigkeiten bei Regierungsmitgliedern für dringend geboten. Bisher sei dies durch die hessische Verfassung nicht geregelt. Bei der Nebentätigkeit der Abgeordneten im Landtag verlangte er mehr Offenheit.

Lobbyismus wird nicht abgelehnt

Unterschiedliche Antworten gab es darauf, wie der Wechsel von Politikern in die Welt der Lobbyisten zu beurteilen sei. Generell lehnen die meisten Experten einen solchen Austausch nicht ab.

Problematisch ist nach Ansicht der Organisation Abgeordnetenwatch ein solcher Wechsel aber vor allem dann, wenn ein Politiker oder Beamter an einem speziellen Gesetz gearbeitet hat, wovon der neue Arbeitgeber profitieren könne. Viele der Experten befürworteten eine spezielle Karenzzeit, bevor sich Politiker von Interessenverbänden anstellen lassen.

Die von allen Fraktionen unterstützte Anhörung fand im Ältestenrat statt. Die Initiative dazu kam von den Grünen.

dpa/aknv